

N i e d e r s c h r i f t

über die 8. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 31. Januar 2012, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der "Lindener Ratsstuben"

Anwesend:

- a) Stadtverordnetenvorsteher: Burckart, Ralf
- b) Stadtverordnete:
- Altenheimer, Thomas
 - Arnold, Jürgen
 - Arnold, Moritz
 - Bausch, Hans
 - Bork, Anneliese
 - Fichtner, Alexander (ab TOP 2)
 - Fischer, Michael
 - Gebauer, Sebastian
 - Geiselbrechtinger, Renate (fehlt entschuldigt)
 - Globuschütz, Axel
 - Dr. Goll, Michaela
 - Haggenmüller, Dieter
 - Hansmann, Dirk
 - Volker Heine, Volker
 - Klös, Timo
 - Koch, Gisela
 - Lang, Gudrun
 - Liebermann, Harald (fehlt entschuldigt)
 - Lodde, Franziska
 - Lodde, Hendrik
 - Markgraf, Antje
 - Markgraf, Uwe
 - Nöh, Burkhard
 - Dr. Schütz, Christof
 - Schwarz, Werner
 - Spangenberg, Matthias
 - Steinberg, Tim-Ole
 - Steinmetz, Eva
 - Trinklein, Gerhard
 - Utschig, Thomas
 - Wedemann, Fabian
 - Weiß, Wolfgang
 - Weitze, Horst
 - Wolter, Michael
 - Dr. Worm, Heinz-Lothar
 - Yildiz, Metin
- c) Magistrat:
- Bürgermeister Dr. Lenz, Ulrich
 - Erster Stadtrat König, Jörg
 - Stadtrat Arnold, Norbert
 - Stadträtin Braun, Petra
 - Stadtrat Gath, Wolfgang
 - Stadtrat Krapf, Reinhold
 - Stadtrat Kreuzinger-Ibe, Robert
 - Stadtrat Leun, Manfred
 - Stadträtin Schimmel, Inge

- d) Ausländerbeiratsvorsitzender: Dr. Sadeghian, Ehsan
- e) Frauenbeauftragte: Größer, Gudrun (fehlt entschuldigt)
- f) Verwaltung: Heymann, Hans-Ulrich
Hölzel, Frank
- g) Jugendvertretung:
- h) Presse: Herr Weißenborn, Gießener Anzeiger
Frau Beutelspacher, Gießener Allgemeine
- i) Zuhörer: 8
- j) Protokollführerin: Manuela Breitenbach

Stadtverordnetenvorsteher Ralf Burckart eröffnet die 8. öffentliche Sitzung der laufenden Legislaturperiode. Er begrüßt die Vertreter der Presse, die anwesenden Bürger, Herrn Ausländerbeauftragten Dr. Sadeghian und die Mitglieder des Magistrats. Desweiteren stellt er fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt wurde, die durch die HGO vorgeschriebene Veröffentlichung der Einladung in den Lindener Nachrichten und dem Lindener Anzeiger ordnungsgemäß erfolgte und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zur Tagesordnung ergeben sich die folgenden Änderungswünsche. Stadtverordneter Spangenberg stellt den Antrag TOP 8 "Aufnahme eines Kommunaldarlehens - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 34/11/16 –" als neuen Punkt 3 vor der Abstimmung über den "Haushaltsplan der Stadt Linden für das Rechnungsjahr 2012 - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 26/11/16 -" zu behandeln, da im Haushalt für 2012 bisher keine Kreditaufnahmen enthalten sind und sich bei Zustimmung automatisch ein Änderungsantrag für den Haushalt ergeben würde.

Die Abstimmung hierüber ergibt einstimmige Annahme. Der ursprüngliche TOP 8 wird TOP 3 und alle nachfolgenden Tagesordnungspunkte rücken entsprechend nach hinten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert er allen Parlamentariern und Magistratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung durch den Magistrat
2. Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2012
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 26/11/16 -
3. Aufnahme eines Kommunaldarlehens
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 34/11/16 -
4. Haushaltsplan der Stadt Linden für das Rechnungsjahr 2012
 - a) Haushaltssatzung
 - b) Stellenplan
 - c) Haushalt
 - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 26/11/16 -
5. Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Linden für das Haushaltsjahr 2008
Magistratsvorlage Drucksache Nr. 28/11/16 -

6. Verkauf einer Ausgleichsfläche
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 31/11/16 –
7. Verkauf einer Fläche am Mittelweg
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 32/11/16 –
8. Verkauf einer Fläche im GE-Gebiet „Lückebachtal“
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 33/11/16 -
9. Finanzierungsbeteiligung durch die Gewährung einer Bürgschaft
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 35/11/16 –
10. Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Leihgestern
Bebauungsplan Nr. 51 „Nördlich Breiter Weg“ 1. Bauabschnitt – 1. Änderung
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 29/11/16 -
11. Antrag zum Neubau der Sporthalle der Anne-Frank-Schule
- Antrag der Fraktion B90/GRÜNE -
12. Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung
- Antrag der Fraktion B90/GRÜNE -
13. Anfragen von Stadtverordneten und Verschiedenes

Zu TOP 1

Berichterstattung durch den Magistrat

Bürgermeister Dr. Lenz erstattet den Bericht des Magistrats und erklärt, dass in Anbetracht der Tagesordnung dieses nur ein kurzer Bericht sei, zumal aktuelle Dinge heute im Rahmen des Haushalts aber auch der weiteren Punkte angesprochen werden dürften. In den beiden Tageszeitungen wurde in letzter Zeit hinreichend über andere Dinge berichtet, wie über die das positive Fazit nach einem Jahr Gemeinschaftskasse, über die Einweihung des Anbaus der Wiesengrundschule, den zweiten Geburtstag der Kleiderkammer in den Räumen des Erlebnisparks wie auch über die Probleme in der Waldstraße, denen sich der Magistrat verstärkt annehmen wird. Weiter geht er auf die folgenden Punkte ein.

Kindergarten „Regenbogenland“

In der letzten Sitzung war berichtet worden, dass aus dem Interessenbekundungsverfahren zur Planung und Neubau des Kindergartens „Regenbogenland“ nunmehr ein Büro aus Darmstadt zum Zuge gekommen, das den Auftrag erhalten hat. Mit diesem Planungsbüro wurden mittlerweile zwei Gesprächstermine durchgeführt. In den nächsten Tagen würden konkrete Ergebnisse erwartet.

Inbetriebnahme des Solarparks

Der Solarpark ist am Donnerstag, dem 22. Dezember 2011, in Betrieb genommen worden. Einige Stadtverordnete waren bei der Einweihung anwesend. Nach dem die Anlage nun mehr als einen Monat am Netz ist, hat sich keines der bei der Aufstellung des Bebauungsplanes von Anrainern befürchteten Probleme, wie Lärmbelästigung, Blendwirkung u. ä., ergeben.

Einweihung der TV-Halle

Bereits in der letzten Sitzung war die Einladung zur Einweihung angekündigt worden. Dieses ist jetzt konkret und die Einladungen sind mittlerweile an Sie ergangen. Am Samstag, dem 17. März 2012, 14.00 Uhr, findet ein Tag der offenen Tür statt und am Sonntag, dem 18. März 2012, 15.00 Uhr, ist die offizielle Einweihungsfeier.

Zu TOP 2

Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2012

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 26/11/16 -

Bürgermeister Dr. Lenz erläutert kurz die eingebrachte Magistrat

Der Vorsitzende des Ausschusses für Jugend, Soziales, Sport und Kultur, Stv. Nöh, teilt mit, dass eine einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen wurde.

Für den Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt berichtet Vorsitzender Gebauer, dass Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung einstimmig erging.

Haupt- und Finanzausschuss-Vorsitzende Lodde trägt vor, dass der Ausschuss eine einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung abgegeben hat.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 26/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 3

Aufnahme eines Kommunaldarlehens

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 34/11/16 -

Dr. Lenz erläutert die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 34/11/16.

Stadtverordneter Steinberg verweist darauf, dass durch die "Volksbank Gießen" keine Verträge mehr abgeschlossen werden können, sondern dies nunmehr die "Volksbank Mittelhessen eG" sei.

Stadtverordneter Fischer führt aus, dass man der Aufnahme des Darlehens vonseiten der SPD grundsätzlich zustimmen werde, es jedoch noch einige Anmerkungen hierzu zu machen gibt. Man fordere die Stadtverordneten auf, der Darlehensaufnahme zuzustimmen. Der Magistrat sei in der Pflicht Informationen zu diesem Darlehen schon in der Magistratsvorlage mitzuteilen. Es sei wichtig ein möglichst günstiges Darlehen aufzunehmen. Hierzu sollte man mehr als ein einzelnes Angebot einholen. Auch sollten diese Angebote allen Stadtverordneten vorgelegt werden, um sich hiervon ein Bild machen zu können. Dies gehöre zur ordnungsgemäßen Information der nebenberuflichen Stadtverordneten. Man stelle sich die Frage, welche Konstruktion nunmehr vorgesehen sei.

Bürgermeister Dr. Lenz führt aus, dass die Konstruktion von der Stadtverordnetenversammlung bereits beschlossen wurde. Man könne diese aber in der nächsten Sitzung noch einmal darstellen. Er führt weiter aus, dass in den nächsten Tagen eine weitere Besprechung mit der Hessischen Landgesellschaft stattfinden wird. Vorrangig sei es, einen günstigeren Zinssatz zu erhalten. Weitere Angebote könnten gerne vorgelegt werden.

Stadtverordneter Altenheimer führt aus, dass es in den letzten Jahren für die Stadt Linden günstiger war, dass die HLG die Flächen angekauft habe. Jetzt sei die Chance gegeben, durch das aufzunehmende Darlehen eine für die Stadt Linden, und damit auch für die künftigen Grundstückskäufer, günstigere Lösung zu erhalten.

Ausschussvorsitzende Lodde berichtet, dass vom Haupt- und Finanzausschuss einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung erging.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 34/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 4

Haushaltsplan der Stadt Linden für das Rechnungsjahr 2012

a) Haushaltsatzung

b) Stellenplan

c) Haushalt

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 26/11/16 -

Bürgermeister Dr. Lenz erläutert die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 26/11/16. Er führt aus, dass die notwendigen Änderungen bereits vorgelegt wurden. Der Gemeindeanteil der Einkommensteuer habe sich laut Bescheid vom 31.01.2012 erhöht. Die Kreisumlage werde, wie im Vorjahr, mit 40% und die Schulumlage mit 18% angesetzt. Solange der Haushalt noch nicht beschlossen ist, müsse eine entsprechende Änderung erfolgen.

Für den Haupt- und Finanzausschusses berichtet die Vorsitzende, dass an die Stadtverordnetenversammlung die Beschlussempfehlung mit 5 Ja-Stimmen, bei 4 Enthaltungen gegeben wurde.

Der Vorsitzende des Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur teilt mit, dass dieser Ausschuss und der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hierüber gemeinsam beraten haben, die Abstimmung dann im Einzelnen erfolgte.

Die Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung wurde vom Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur für den Punkt a) mit 8 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung, für den Punkt b) mit 8 Ja-Stimmen, bei einer Gegenstimme und für den Punkt c) mit 8 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung ausgesprochen.

Vorsitzender Gebauer trägt vor, dass die Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung vom Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt für den Punkt a) mit 7 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltung, für den Punkt b) mit 7 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltungen und für den Punkt c) mit 7 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltung ausgesprochen wurde.

Stadtverordneter Spangenberg führt aus, dass seine Fraktion, dem Haushaltsplan, wie vorgelegt, zustimmen werde. Grundsätzliche seien jedoch einige Anmerkungen zu machen. Er geht kurz auf die Funktion eines Haushaltsplanes ein. Dieser solle abbilden, was man im laufenden Jahr vor habe. Der politische Wille und die Entwicklung der Stadt sollten sich abzeichnen nach dem Prinzip der Klarheit und Wahrheit. Aus den Vorlagen sei zu ersehen, dass die Pflichtaufgaben dargestellt werden und auch so erledigt werden. Weiter werden Anschaffungen für die Feuerwehr getätigt, man bemühe sich um Digitalfunk, zu nennen sei der Breite Weg, der Waldkindergarten und der Zuschuss für den Aufbau der TV-Halle, das Radwegenetz werde finanziert. Dies alles seien Punkte, die man im Haushalt wiederfinde. Dem könne man so nur zustimmen. Bedauerlich sei jedoch, dass einige Dinge, die diskutiert wurden, nicht im mindesten Maße hier abgebildet werden, wie zum Beispiel die Perspektiven für Familien und Alleinerziehende mit Kindern, das Familienzentrum, das jetzt ein reiner Kindergartenneubau werde. Man habe sich vom Verzahnungsprojekt verabschiedet, wobei man sich fragen müsse, wozu die 120.000 € von der Stadt hinzugezahlt wurden. Was sei hier der Gegenwert? Zum Planungsprozess zum Kindergartenneubau erhalte man sehr wenige Informationen. Dies passe nicht in die heutige Zeit, in der man viel mehr beteiligt werden sollte. Der vorgelegte Teilergebnishaushalt enthalte nur Zahlen. Dabei seien hier die Leistungen abzubilden, Erlöse und Aufwendungen. Dies finde man dort allerdings nicht. Viele weitere Seiten wären erforderlich, um den Haushalt

verstehen zu können. Bei Nachfragen seien sogar von der Verwaltungsleitung Aufwendungen und Erträge verwechselt worden. Das Parlament sei nicht nur zum Abstimmen da, sondern es stelle den Etat zur Verfügung und überwache dieses. Eine der Aufgaben für die Zukunft sollte auch sein, die Bürger mehr am Haushalt zu beteiligen.

Stadtverordneter Heine gibt die Stellungnahme für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. Man habe in den Ausschüssen lange über die Doppik diskutiert. Es werde nicht nur der Haushaltsplan beschlossen, sondern auch der Investitionsplan, der in diesem Jahr etwas zu kurz komme. Für die Jahre 2015 und 2016 sollten noch Zahlen geliefert werden. In den Jahren 2013 und 2014 finde man hauptsächlich Gelder für den Straßenausbau und den Neubau des Kindergartens Regenbogenland wieder. Man sollte den Investitionsplan weitblickender gestalten. Schauen man sich den Energiebericht an, kämen die Kindergärten sowie die Stadthalle hierbei sehr schlecht weg. Es wäre sinnvoll, energetische Untersuchungen durchzuführen, um ein klares Verfahren über die Vorgehensweise festlegen zu können. Generell solle in Linden mehr über das Thema Energie nachgedacht werden, zum Beispiel über Standorte für Windenergie- und Solaranlagen. Ziel könnte sein, 100% der benötigten Energie in Linden selbst zu produzieren. Für den Bau der Turnhalle an der Anne-Frank-Schule fehle die Verpflichtungsermächtigung im Haushalt. Weitere Themen, die immer wieder angesprochen würden, sei die Stelle eines Jugendpflegers mit 70 Stunden pro Woche, denn die Seniorenarbeit sei in diesem Bereich nicht angesagt. Speziell werde man sich bei der Abstimmung enthalten, solange auch im Bereich der Energien keine Perspektive zu erkennen sei.

Stadtverordneter Altenheimer führt aus, dass es sicherlich keine Überraschung sei, dass auch die CDU dem Haushalt zustimmen werde. Nach wie vor sei man im Verhältnis zu anderen Gemeinden finanziell gut gestellt, weil man sich eben auf das Notwendigste beschränke. Verständlich sei, dass der Investitionsplan geprägt sei vom Neubau des Kindergartens Regenbogenland. Dies sei eine große Maßnahme, die keine weiteren größeren Sprünge erlaube. Vorbehalte zum Thema Familienzentrum und Vernetzung zwischen Grundschule und Kindergarten hätten dazu geführt, dass der Neubau des Kindergartens von der Schule weggezogen wurde. Der doppelte Haushalt sei gegenüber dem kameralen Haushalt nicht verständlicher geworden. Das Thema innerörtlicher Kleinbusverkehr wird immer wieder von anderen Fraktionen eingebracht. In Linden bestünden aber gute Busverbindungen. Der Einsatz eines Kleinbusses sei vielleicht in Kommunen sinnvoll mit mehreren Stadtteilen. In Linden sei jedoch die Situation eine ganz andere.

Stadtverordneter Bausch führt für die FW Fraktion aus, dass der Haushalt das widerspiegelt, was gewollt sei und was die Stadt Linden leisten könne. Der Investitionsplan stelle dar, wie man finanziell gestellt sei und so noch eingebracht werden könne.

Stadtverordneter Heine erläutert, dass das Thema Kleinbus von Leuten herangezogen werde, die nicht die Möglichkeit haben mit einem Auto zuzufahren. Dass diese Idee keinen Anklang finde, würde nichts daran ändern, dass sie immer wieder vorgetragen wird. So habe man schon bei früheren Projekten Erfolge erzielen können.

Stadtverordneter Spangenberg führt aus, dass die Verzahnung seinerzeit die Idee des Bürgermeisters zusammen mit dem damaligen Schuldezernenten war. Der angesprochene Kleinbusverkehr in Grünberg funktioniere zudem sehr gut. Über das Thema Straßenbeitragssatzung müsse man sich noch einmal unterhalten, wenn dieses aktuell werde. Der Rahmen hierfür werde vorgegeben, aber der Inhalt sei dann wieder das Thema der Stadt Linden.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart führt aus, dass er den Mitarbeitern der Stadtverwaltung hier einmal seinen Dank aussprechen möchte. Er fühle sich bei den Sitzungen immer gut aufgehoben, es werde gute Arbeit am Haushalt geleistet. Man solle dies einmal so ausrichten. Etwas enttäuscht sei er darüber, dass die Sitzung, in der die öffentliche Diskussion zum Haushalt war, nur sparsam besucht wurde. Offenbar bestehe vonseiten der Bürger kein Interesse daran.

Stadtverordneter Fischer weist noch einmal darauf hin, dass § 2 der Haushaltssatzung geändert werden müsse. Der Magistrat sei dafür verantwortlich, dass das Darlehen in den Haushalt aufgenommen werde.

Stadtverordneter Spangenberg macht darauf aufmerksam, dass nicht nur § 2 sondern auch § 1 der Haushaltssatzung zu ändern sei, da sich andere Hebesätze ergeben haben. Die Änderungen seien so zu formulieren, dass eine korrekte Anpassung, auch in den Teilergebnishaushalten, erfolgen kann. So müsse § 2 eine Kreditermächtigung über 4 Mio. € erhalten.

Die Abstimmung hierüber ergibt Annahme bei 5 Enthaltungen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache 26/11/16 a) Haushaltssatzung ergibt mehrheitliche Annahme bei 5 Enthaltungen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache 26/11/16 b) Stellenplan ergibt mehrheitliche Annahme bei 5 Gegenstimmen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache 26/11/16 c) Haushalt ergibt mehrheitliche Annahme bei 5 Enthaltungen.

Stadtverordneter Spangenberg bittet darum, dass die geänderten Zahlen alle Stadtverordneten bis zur nächsten Sitzung vorliegen haben. Bürgermeister Dr. Lenz sagt dies zu. Außerdem werde der komplette Haushalt auf der Homepage der Stadt Linden veröffentlicht werden.

Zu TOP 5

Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Linden für das Haushaltsjahr 2008

Magistratsvorlage Drucksache Nr. 28/11/16 –

Bürgermeister Dr. Lenz erläutert die Magistratsvorlage und betont, dass es sich hier um die letzte Prüfung eines kameralen Haushalts handele. Die Verzögerung sei darauf zurückzuführen, dass das Rechnungsprüfungsamt sehr viel mit den Problemen der doppelten Haushalte zu tun habe. Aus dem Bericht ergebe sich, dass sich die Rücklagen gut entwickeln. Bei einer Verschuldung von 8 €/Einwohner im städtischen Haushalt und 300 €/Einwohner beim Eigenbetrieb könne man sagen, dass man 2008 ein gutes Haushaltsergebnis gehabt hat.

Die einstimmige Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses an die Stadtverordnetenversammlung teilt Vorsitzende Lodde mit.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache 28/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 6

Verkauf einer Ausgleichsfläche

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 31/11/16 –

Bürgermeister Dr. Lenz erläutert zur Magistratsvorlage, dass es sich um eine Fläche von 1.280 qm handelt, die hier veräußert werden solle. Man habe über diese Angelegenheit schon sehr intensiv diskutiert.

Vorsitzender Gebauer teilt mit, dass die Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung vom Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt bei 2 Enthaltungen ausgesprochen wurde.

Haupt- und Finanzausschuss-Vorsitzende Lodde berichtet, dass die Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung mit 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen gegeben wurde.

Stadtverordneter Fischer führt aus, dass man darauf achten müsse, dass die entsprechenden Verpflichtungen in den Vertrag aufgenommen werden. Es stellte sich verschiedene Fragen: Komme der Käufer den Auflagen nach? Gibt es ein automatisches Rückfallrecht? Bekomme die Stadt Linden ein Vorkaufsrecht eingeräumt bei einem eventuellen Verkauf? Wer trage die Kosten bei einem Rückerwerb? Es sei wünschenswert, wenn man hierzu noch einige ergänzende Erläuterungen erhalten könne.

Bürgermeister Dr. Lenz verweist auf den Inhalt der Magistratsvorlage. Alle aufgeführten Fragen seien darin bereits beantwortet.

Stadtverordneter Altenheimer verweist hierzu auf die Möglichkeit einer Rückübertragungsvormerkung gemäß § 883 BGB.

Stadtverordnete Markgraf führt aus, dass es bisher üblich gewesen sei, dass Ausgleichsflächen auch im städtischen Eigentum waren. Hier weiche man von der Regelung ab. Sie fragt, wo denn hier die Gleichbehandlung bleibe, wenn man diese Fläche symbolisch für 1 € verkaufe, bei anderen Flächen der Käufer teuer dafür bezahlen müsse.

Stadtverordneter Altenheimer erklärt, dass es sich hier um eine besondere Situation handele. Der Erwerber zeige besonderen Einsatz beim Obst- und Gartenbauverein, was schon eine Sonderbehandlung rechtfertige. Einen weiteren Fall dieser Art werde es wohl nicht geben. Man sehe dies ganz klar am mangelnden Interesse bei den jährlichen Obstbaumversteigerungen. Man solle dankbar sein, dass man eine qualifizierte Person gefunden habe.

Die Abstimmung über Magistratsvorlage Drucksache Nr. 31/11/16 ergibt Annahme bei 5 Enthaltungen.

Zu TOP 7

Verkauf einer Fläche am Mittelweg

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 32/11/16 –

Bürgermeister Dr. Lenz erläutert die Magistratsvorlage und betont, dass die ortsansässige Firma sich durch den Kauf des Grundstücks ihren Standort hier in Linden weiter sichern möchte.

Nach der Beratung im Haupt- und Finanzanschluss habe dieser die einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen, berichtet Vorsitzende Lodde.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 32/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

ZU TOP 8

Verkauf einer Fläche im GE-Gebiet „Lückebachtal“

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 33/11/16 –

Bürgermeister Dr. Lenz macht Ausführungen zur Magistratsvorlage. Er erklärt, dass das Grundstück zwischen der Eisenbahn und der ehemaligen Fläche des nicht mehr existierenden Fitnesscenters Simai liege und sehr übel aussehe. Der Anlieger möchte die Fläche zum Preis von 30 €/qm erwerben, da gemäß Festsetzungen des Bebauungsplanes eine Bebauung nicht möglich sei.

Vorsitzender Gebauer vom Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt teilt die einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung mit.

Dass auch der Haupt- und Finanzausschuss eine einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung abgegeben hat, berichtet Vorsitzende Lodde.

Stadtverordneter Fischer fragt nach, ob es sich bei dem "Zwickel" um das auf dem Plan mit 36/7 gekennzeichnete Grundstück handele. Dies wird vom Bürgermeister so bestätigt.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 33/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 9

Finanzierungsbeitrag durch die Gewährung einer Bürgschaft

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 35/11/16 -

Bürgermeister Dr. Lenz führt aus, dass die Magistratsvorlage eine Ergänzung erhalten müsse. Im 2. Absatz der Begründung sei in Satz 6 "gefassten Beschlüsse" einzufügen und erhalte somit die Fassung: "Auf Grund der gefassten Beschlüsse des Landes und des Landeswohlfahrtsverbandes ist der Ausbau des stationären Wohnens gestoppt, d.h. es werden keine weiteren Plätze im stationären Bereich genehmigt."

Haupt- und Finanzausschuss-Vorsitzende Lodde, trägt vor, dass nach der Beratung der Ausschuss einstimmige eine Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen hat.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache 35/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 10

Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Leihgestern

Bebauungsplan Nr. 51 „Nördlich Breiter Weg“ 1. Bauabschnitt – 1. Änderung

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 29/11/16 -

Bürgermeister Dr. Lenz erläutert kurz die Magistratsvorlage.

Zu der Beratung dieses Punktes im Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt berichtet Vorsitzender Gebauer, dass bei 2 Enthaltungen eine mehrheitliche Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung gegeben worden ist.

Stadtverordnete Markgraf fragt noch einmal nach der genauen Lage des Kreisels, da mehrere Varianten vorgestellt wurden und nicht ganz klar sei, welche nun in die Beschlussfassung einfließe.

Bürgermeister Dr. Lenz erklärt, dass die ursprüngliche Form gewählt worden sei.

Stadtverordneter Dr. Schütz fragt, wie viele qm Fläche hierfür neu gekauft werden müssen.

Bürgermeister Dr. Lenz sagt zu, dass man dieses ermitteln werde. Es sei auch noch nicht ganz klar, ob gekauft oder getauscht werde. Weiter führt er aus, dass der Kreisel auch nur dann errichtet würde, wenn der Verkehr so stark werde und somit notwendig sei.

Auf den Hinweis des Stadtverordneten Spangenberg, dass in der Magistratsvorlage nur von der "geänderten Fassung" die Rede sei und nicht klar daraus hervorgeht, welcher Kreisel nun der richtige sei, sagt Bürgermeister Dr. Lenz, dass man hier eine Ergänzung vornehmen werde. Die Ziffer (2) des Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss gem. § 3 Abs. 2 BauGB erhält danach die folgende Fassung: "(2) Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung werden in der gemäß (1) geänderten Fassung, mit dem Kreisverkehr in seiner ursprünglichen Fassung, ausdehnend nach Osten, gebilligt."

Stadtverordnete Markgraf weist darauf hin, dass es nicht geschickt sei, die ergänzenden arten- und naturschutzfachlichen Untersuchungen im Februar durchzuführen, da zu dieser kalten Jahreszeit keine realistischen Zahlen geliefert werden könnten.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart erläutert für die anwesenden Zuhörer, worum es hier letztendlich gehe.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 29/11/16 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 11

Antrag zum Neubau der Sporthalle der Anne-Frank-Schule - Antrag der Fraktion B90/GRÜNE –

Stadtverordneter Heine bringt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und erläutert diesen. Der Magistrat solle dafür Sorge tragen, dass beim Neubau der Sporthalle der Anne-Frank-Schule sowohl die Vereine als auch die Stadtverordnetenversammlung frühzeitig bzw. unverzüglich an der Planung beteiligt bzw. eingebunden werden. Die Interessen der Vereine sollen bei der Realisierung berücksichtigt werden.

Stadtverordneter Altenheimer führt aus, dass dieser Antrag zu sehr von hinten aufgepälm sei. Diesbezüglich seien noch einige Punkte mit dem Landkreis zu klären. Die finanzielle Beteiligung werde selbstverständlich vorausgesetzt. Allerdings seien die Modalitäten mit dem Landkreis abzusprechen. Man müsse sich die Regularien besorgen, die der Forderung zugrunde gelegt wurden. Es sei seitens des Kreises beabsichtigt, dass Sportstätten nur noch dann errichtet werden, wenn sich die Kommune mit 25% an dem für die Errichtung notwendigen Aufwand beteiligt. Was an Wünschen darüber hinausgehe, soll die Kommune alleine tragen. Die Voraussetzungen für Ballspiele würden erfüllt. Die Halle werde sowohl vom TV Großen-Linden als auch von der TSG Leihgestern als Ausweichstätte genutzt. Das solle auch so bleiben. Es sei wichtig, dass die Handballmaße in der Halle erhalten bleiben, da auch im schulischen Bereich Ballspiele gelehrt werden. Er schlägt vor, den eingereichten Antrag in die Ausschüsse zu geben, und zur Beratung Infos beim Landkreis einzuholen. Eine Beteiligung der Stadt sei schwierig, da es sich um eine Maßnahme des Landkreises handle. Werde man sich nicht einig, könne es passieren, dass die Halle nur noch für schulische Zwecke genutzt werden kann und für andere nicht mehr zugänglich sei. Es wäre dann zu überlegen, was mit den anderen Hallen, die nicht dem Kreis gehören, aber von den Schulen genutzt werden, passiert. Beteilige sich der Landkreis dort bei größeren Erneuerungsmaßnahmen oder verwehre man den Schulen dann die Hallennutzung in den nicht kreiseigenen Hallen? Er betont, dass hier erheblicher Gesprächs- und Beratungsbedarf bestehe.

Stadtverordneter Fischer stimmt der Anregung zu, den Antrag in die Fachausschüsse zu verweisen. Weiter sei davon auszugehen, dass der Magistrat in die Planung mit eingebunden werde. Dieser könnte dann auch die Interessen der Vereine erkunden und einbringen. Er führt jedoch aus, dass der Antrag keine klare Formulierung mit ausführbaren Anweisungen enthalte.

Stadtverordneter Dr. Schütz widerspricht der Aussage, dass keine klare Formulierung im Antrag enthalten sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme der Überweisung an die Ausschüsse zu. Es müsse dann aber in allen Ausschüssen diskutiert werden.

Die Abstimmung über den Antrag ergibt einstimmige Annahme zur Verweisung an die Fachausschüsse.

Zu TOP 12

Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung

- Antrag der Fraktion B90/GRÜNE –

Stadtverordneter Yildiz bringt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung ein.

Stadtverordneter Altenheimer regt an, auch diesen Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen. Die Geschäftsordnung müsse ohnehin überarbeitet werden, was man in der vergangenen Legislaturperiode bereits versucht habe. Auch die neue HGO, die seit Januar gelte, habe Auswirkungen auf die Geschäftsordnung, so dass man dies nun alles in einem in Angriff nehmen könne. Der Magistrat solle sich gleichzeitig um eine neue Mustersatzung beim Hessischen Städte- und Gemeindebund bemühen.

Diesem Vorschlag schließt sich Stadtverordneter Fischer an und betont, dass es begrüßenswert sei, das Beteiligungsrecht des Ausländerbeirates zu unterstützen. Die bisherige Formulierung greife zu kurz. Im Haupt- und Finanzausschuss müsse man sich darüber noch einmal unterhalten. Es sei allerdings auch zu bedenken, dass dadurch nicht nur Rechte sondern auch Pflichten entstehen werden. Man solle jedoch überlegen, ob es sinnvoll sei gleich die komplette Geschäftsordnung zu überarbeiten, da man doch von einem erheblichen Zeitaufwand ausgehen müsse.

Vonseiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird der Vorgehensweise zugestimmt. Der Antrag soll zunächst an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen werden.

Stadtverordneter Globuschütz rät zur Vereinfachung, dass für die Bearbeitung weiterer Punkte eine Frist auferlegt wird.

Hierzu führt Stadtverordneter Fischer aus, dass ja nicht die gesamte Geschäftsordnung überprüft werden müsse. Vom Hessischen Städte- und Gemeindebund wurde schon in dem Muster Punkte vorgeschlagen. Der Haupt- und Finanzausschuss solle klären, ob man alles auf einmal über die Bühne bekomme, ansonsten man nur das Thema "Ausländerbeirat" behandeln sollte.

Die Abstimmung über die Verweisung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung der Geschäftsordnung an den Haupt- und Finanzausschuss ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 13

Anfragen von Stadtverordneten und Verschiedenes

Jugendbeirat

Stadtverordnete Lang führt aus, dass ihr aufgefallen sei, dass die Jugendvertretung lange nicht getagt habe.

Stadtverordneter Nöh meint sich erinnern zu können, dass Ende des Jahres eine Sitzung stattgefunden habe.

Querung Breiter Weg / Wilhelmstraße

Stadtverordnete Lang regt an, dass man im Zuge des Einzugs der Rosenhofstiftung in das Haus Ecke Wilhelmstraße / Großen-Lindener Straße die Querung Breiter Weg / Wilhelmstraße neu überdenken sollte. Die Situation sei an dieser Stelle sehr schwierig.

Erster Stadtrat König sagt zu, dass es hierzu eine schriftliche Stellungnahme durch Herrn Bürgermeister Dr. Lenz geben wird.

Radwegeplanung

Stadtverordneter Spangenberg bemängelt, dass in der 1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zugesagt wurde, die Beschlusslage zur Teilraum-Radwegeplanung zuzustellen, dieses aber bis heute nicht geschehen sei.

Erster Stadtrat König sagt zu, dass dies umgehend nachgereicht werde.

Mobile Sirenen für die Feuerwehr

Stadtverordneter Gebauer berichtet, dass für die Feuerwehr zwei mobile Sirenen angeschafft wurden zur Alarmierung der Bürger im Notfall. Es stelle sich jedoch die Frage, wie dies mit zwei Sirenen für ganz Linden funktionieren soll. Die Kommune ist nicht gerade klein.

Ende der Sitzung: 21.44 Uhr

R. Burckart; Stadtverordnetenvorsteher

Breitenbach, Protokollführerin